

APD INFORMATIONEN DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Adventist Press Service
ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

1/2011
Januar 2011
28. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Deutschland	„Wer Gottes Gnade erfahren hat, kann nicht mehr so leben wie bisher“	Seite 1
	Friedensauer Dozentin zur Professorin für Entwicklungssoziologie berufen	Seite 1
	Hochschulzeitschrift „Spes Christiana“ als Festgabe für ihren Gründer	Seite 2
	Die ACK Deutschland hat wieder einen evangelischen Referenten	Seite 3
	Evangelische Tagungshäuser im Internet finden	Seite 3
International	Kirchenleitung der Adventisten besorgt über Krise in Tunesien	Seite 4
	Organspendenkampagne findet bei religiösen Gemeinschaften Anklang	Seite 4
	Adventisten nehmen zur Schießerei in Tucson/Arizona Stellung	Seite 5
	Martin Luther King Day: US-Adventisten organisieren Gedenkfeiern	Seite 6
	Italien: Kontroversen bei der Gesetzgebung zur Religionsfreiheit	Seite 6
	Peru: Gesetz über religiöse Gleichbehandlung verabschiedet	Seite 7
	Aserbaidschan: Polizei beendet adventistischen Gottesdienst	Seite 8
	Vietnam: Parteiführer besuchen Kirchenleiter zu Weihnachten	Seite 9
	Samoa: Wenn Sonntagsruhe, dann auch Arbeitsruhe am Samstag	Seite 10
	Verfechter der Religionsfreiheit ausgezeichnet	Seite 11
	Christenverfolgungs-Index: An der Spitze steht erneut Nordkorea	Seite 12
	EU-Außenbeauftragte muss stärker für Religionsfreiheit eintreten	Seite 13
	UN-Menschenrechtskommissarin verlangt Schutz religiöser Minderheiten	Seite 14
	Heilsarmee jetzt in 122 Ländern tätig	Seite 15
	Basler Regierung beantragt Anerkennung der Neuapostolischen Kirche	Seite 15
ADRA	Entsetzen über tödlichen Anschlag auf Entwicklungshelfer in Afghanistan	Seite 16
	Bessere Existenzsicherung für 10.000 Bauernfamilien in Ghana	Seite 17
	Hilfe für Flutopfer in Australien	Seite 17
	Hygieneartikel für Unwetteropfer in Brasilien	Seite 18
Medien	Blindenhörbücherei betreut 3.083 Sehbehinderte	Seite 18
Buchrezension	„Siebenten- Tags-Adventisten im Nationalsozialismus“	Seite 20
	„Martin Luther neu begegnen“	Seite 22

Impressum:

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,
E-Mail: info@apd.info
Holger Teubert (verantwortlich), Dr. Wolfgang Tulaszewski (stellvertretend),
Holger Koch, Erich Lischek, Brunhilde Teubert
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen.
- Druck: Grindeldruck GmbH, Grindelberg 13-17, 20144 Hamburg
Als Manuskript gedruckt.
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto).
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 136, CH - 4003 Basel
Telefon +41-61-2616118
E-Mail: bodenmann@apd.info
Herbert Bodenmann (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring,
Maryland 20904-6600, USA
Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312
E-Mail: costaw@gc.adventist.org
Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)
- „adventisten heute“, Pulverweg 6, 21337 Lüneburg
Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502
E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de
Elí Díez-Prida (verantwortlich)

APD-INFORMATIONEN online: <http://www.apd.info>

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD“. Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ® ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.

Konto: Stuttgarter Volksbank Konto Nr. 227 385 004 (BLZ 600 901 00)



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie 16,6 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 206 Ländern der Erde. In Deutschland sind 35.400 Mitglieder in 572 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.

Deutschland

„Wer Gottes Gnade erfahren hat, kann nicht mehr so leben wie bisher“

Satellitengottesdienst der Adventisten in Deutschland

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 24.01.2011/APD „Wenn man keinen Rechtsanspruch auf etwas hat und es trotzdem als Geschenk bekommt, das ist Gnade“, sagte der Vorsitzende der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland und Präsident des süddeutschen Verbandes der Freikirche, Pastor Günther Machel (Ostfildern bei Stuttgart), am 15. Januar beim diesjährigen Satellitengottesdienst. Er sprach über die Jahreslosung 2011, die dem Johannesevangelium Kapitel 1, Vers 16 entnommen ist: „Von seiner Fülle haben wir genommen Gnade um Gnade.“ Der Gottesdienst wurde aus dem großen TV-Studio des adventistischen Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt in etwa 300 Adventgemeinden Deutschlands übertragen. Er war zudem live im Fernsehprogramm des „Hope Channel“ über den Satelliten Astra zu sehen und auch im Internet per Livestream abrufbar.

Es heiße zwar sehr richtig in den „Glaubensüberzeugungen der Siebenten-Tags-Adventisten“, dass die Erlösung des Menschen allein aus Gnade geschehe, nämlich durch den Opfertod Jesu am Kreuz, betonte Machel. Doch Gnade dürfe nicht zu einer bloßen christlichen Lehre entarten. Wer etwas von der Fülle der Gnade Gottes erfahren habe, der könne nicht mehr so leben wie bisher. Er suche den Frieden und die Versöhnung, wo vorher Streit und Misstrauen war. Er richte sein Leben nach Gottes Weisungen aus. „Wer dieses volle Maß der Liebe Gottes kennengelernt hat, der kann und will davon abgeben. Auch andere sollen davon erfahren.“ Hilfe für Menschen in Not, egal ob in der Nachbarschaft oder in anderen Ländern, gehörten mit zum Alltag eines Christen, so Machel.

Beim Satellitengottesdienst gab es auch wieder eine Geschichte für Kinder; diesmal mit Werner zur Frage: Was ist Gnade?. Musikalisch wirkten ein Kinderorchester unter Leitung von Eva Paul (Freiburg), ein Chor unter Leitung von Günter Preuß (Heilbronn) und die Bläsergruppe „Adventus Brass“ mit. (1.742 Zeichen)

Friedensauer Dozentin zur Professorin für Entwicklungssoziologie berufen

Friedensau bei Magdeburg, 24.01.2011/APD Der Rektor der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg, Professor Johann Gerhardt, überreichte Dr. rer. pol. habil. Ulrike Schultz die Ernennungsurkunde zur Professorin für Entwicklungssoziologie und -ökonomie.

Die Dozentin (Jahrgang 1960) lehrt seit 2009 in Friedensau im Fachbereich Christliches Sozialwesen. Zuvor hatte sie Hochschultätigkeiten in Bochum und Berlin sowie im Sudan und in Kenia inne. Sie promovierte im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Freien Universität Berlin über das Thema „Nomadenfrauen in der Stadt: Die Überlebensökonomie der Turkanafrauen in Lodwar/Nordkenia“. Dort habilitierte sie sich auch 2006 in Soziologie am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften. Ihr derzeitiges Forschungsvorhaben befasst sich mit Ethnizität, Geschlecht und Nationenbildung im Kontext von Rückkehrprogrammen im Südsudan.

Die Hochschule in Friedensau bietet neben Bachelor- und Masterstudiengängen in Theologie den Bachelor in Soziale Arbeit sowie Gesundheits- und Pflegewissenschaften und den Master in Beratung, Internationale Sozialwissenschaften sowie Sozial- und Gesundheitsmanagement an. (1.132 Zeichen)

Hochschulzeitschrift „Spes Christiana“ als Festgabe für ihren Gründer

Friedensau bei Magdeburg, 24.01.2011/APD Die 21. Ausgabe der Zeitschrift „Spes Christiana“ der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg ist als Festgabe ihrem Gründer Johann Heinz anlässlich seines 80. Geburtstages gewidmet. Erstmals wurde eine derartige Ausgabe zusammen mit den adventistischen Bildungsstätten Newbold College, Bracknell/England, und Faculté de Théologie, Collonges-sous-Salève/Frankreich, herausgegeben. Sie befasst sich unter anderem mit den Beiträgen „Der christliche Sozialauftrag im Neuen Testament“, „Musik in Kirche und Synagoge: Das biedermeierliche Wien“, „Archäologische Forschung der Hochschule Friedensau in Khirbat al-Balu/Jordanien 2010“ sowie „Adventistische interkonfessionelle Dialoge“.

Johann Heinz wurde am 30. April 1930 in Wien geboren und studierte am Seminar Schloss Bogenhofen in Österreich sowie am Séminaire du Salève in Collonges, Frankreich, adventistische Theologie. Nach seiner Tätigkeit als Pastor der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Wien arbeitete er 21 Jahre lang als Dozent, später auch als Rektor, am Seminar Schloss Bogenhofen bei Braunau am Inn.

1981 promovierte er an der adventistischen Andrews University in Berrien Springs, Michigan/USA. Von 1982 bis 1995 leitet er das damals noch bestehende Theologische Seminar Marienhöhe der Freikirche in Darmstadt. An der 1990 staatlich anerkannten Theologischen Hochschule Friedensau war Johann Heinz Lehrbeauftragter für Kirchengeschichte, Philosophie und Religionsgeschichte. Mit Professor Dr. Udo Worschech, dem früheren Rektor in Friedensau, gründete er 1990 die theologische Zeitschrift „Spes Christiana“. Diese erscheint seitdem jährlich. Die Friedensauer Hochschule umfasst die beiden Fachbereiche Christliches Sozialwesen und Theologie. (1.649 Zeichen)

Gedenken an 450. Todestag von Menno Simons

Friedensau bei Magdeburg, 24.01.2011/APD Dr. Johannes Hartlapp, Kirchenhistoriker an der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg, stellte am 23. Januar in der Hochschulbibliothek das Leben und Wirken des niederländisch-friesischen Theologen Menno Simons, anlässlich dessen 450. Todestages (23. Januar 1561), dar.

Menno Simons lebte von 1496 bis 1561, war katholischer Priester, schloss sich 1536 der Täuferbewegung an und gilt als der Namensgeber der Mennoniten, einer evangelischen Freikirche, die heute in Deutschland und weltweit verbreitet ist. (566 Zeichen)

„Adventisten auf einen Blick“

Ostfildern bei Stuttgart, 24.01.2011/APD Die für das Jahr 2011 erschienene Kurzinformation „Siebenten-Tags-Adventisten – Auf einen Blick“ enthält neben Angaben

über Glaube, Herkunft und Lebensstil ihrer Mitglieder die wichtigsten statistischen Zahlen und Erläuterungen zu den umfangreichen Aktivitäten der weltweiten evangelischen Freikirche. In der Rubrik „Fakten“ sind mit internationalem Stand vom 1. Januar 2010 insgesamt 16.307.880 erwachsen getaufte Gemeindeglieder in 206 Ländern bei einer Zuwachsrate von 2,4 Prozent beziehungsweise 368.472 neuen Mitgliedern innerhalb von zwölf Monaten verzeichnet. Die Adventisten unterhalten weltweit 7.804 Schulen und Hochschulen, 518 Krankenhäuser und Kliniken sowie 174 Alten-, Kinder- und Waisenheime. Die „Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe“ (ADRA) arbeitet derzeit in 114 Ländern. Ihre Projekte kamen 2009 über 51,8 Millionen Menschen zugute. Das Faltblatt kann kostenlos bei der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, Presse- und Informationsstelle, Postfach 42 60, 73745 Ostfildern, Telefon (0711) 4 48 19 38, Telefax (0711) 4 48 19 60, E-Mail info@adventisten.de, bezogen werden. In Deutschland zählt die Freikirche 35.400, in der Schweiz 4.300 und in Österreich 3.900 erwachsen getaufte Mitglieder. (1.136 Zeichen)

(Hinweis der Redaktion: Dieser Ausgabe der APD-INFORMATIONEN liegt ein Exemplar des Faltblattes „Siebenten-Tags-Adventisten – Auf einen Blick 2011“ bei.)

Die ACK Deutschland hat wieder einen evangelischen Referenten

Frankfurt/Main, 24.01.2011/APD Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), die Ökumenische Centrale (ÖC) in Frankfurt/Main, hat wieder vier theologische Referenten. Für die vakante Stelle des evangelischen Referenten wurde der kurhessische Pfarrer Fredy F. Henning (50) berufen. Er ist zudem für die Öffentlichkeitsarbeit der ACK zuständig. Zum Team der ÖC gehören auch die orthodoxe Referentin, Diplom-Theologin Marina Kiroudi, und der freikirchliche Referent, Pastor Karl-Martin Unrath. Geschäftsführerin der ACK ist die Theologin Dr. Elisabeth Dieckmann. Sie nimmt auch die Aufgabe der katholischen Referentin wahr.

Den Vorsitz in der ACK Deutschland hat der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Braunschweig, Professor Dr. Friedrich Weber (Wolfenbüttel). Der 1948 gegründeten ACK gehören die Evangelische Kirche in Deutschland, die römisch-katholische Kirche, orthodoxe und orientalisches-orthodoxe Kirchen sowie die alt-katholische Kirche und evangelische Freikirchen an. Insgesamt sind es 17 Mitglieds- und vier Gastkirchen. (1.005 Zeichen)

Evangelische Tagungshäuser im Internet finden

Hannover, 24.01.2011/APD Das neue Onlineportal www.evangelische-häuser.de bietet eine Übersicht über evangelische Tagungs- und Gruppenhäuser. Es soll Gemeinden und Gruppen die Suche nach einem geeigneten evangelischen Haus für Tagungen, Freizeit, Sport oder Meditation erleichtern.

Ziel des neuen Projektes sei, eine hohe und flächendeckende Auslastung der evangelischen Häuser zu erreichen. Die Einrichtungen könnten sich kostenfrei registrieren lassen und so für eine optimale Auffindbarkeit der eigenen Tagungsstätte sorgen. Gäste hätten die Möglichkeit, nach einem ihren Bedürfnissen entsprechenden Haus zu suchen, entweder über eine Kriteriensuche oder über die Landkartenstruktur. Nach dem Aufenthalt könnten der Besuch und das Haus kommentiert und bewertet werden.

Das Portal richte sich nicht nur an landeskirchliche, sondern auch an freikirchliche Einrichtungen. www.evangelische-hauser.de ist ein Projekt auf Initiative des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), bei dem das Onlineportal www.evangelisch.de Redaktion und Marketing übernimmt. Weitere Informationen sind per E-Mail unter info@evangelische-hauser.de (Bettina Meyering) erhältlich. (1.067 Zeichen)

International

Kirchenleitung der Adventisten besorgt über Krise in Tunesien

Bern/Schweiz, 24.01.2011/APD Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten weist in einer Erklärung vom 19. Januar auf ihre Besorgnis über die Situation in Tunesien hin. Sie drückt der in Ungewissheit lebenden Bevölkerung ihr Mitgefühl und ihre Solidarität aus. „Wir bitten die Mitglieder unserer Kirche und alle Gläubigen, für Frieden und Wohlergehen in diesem Land zu beten“, schreibt Corrado Cozzi, Kommunikationsdirektor der Euro-Afrika Abteilung, der adventistischen Kirchenleitung mit Sitz in Bern, die für Länder in Mittel- und Südeuropa sowie Nordafrika zuständig ist.

„In den letzten Tagen gab es viel Unsicherheit und überstürzende Entwicklungen“, berichtete ein Adventist aus Tunis. „Die Situation beruhigt sich aber von Tag zu Tag und die Armee versucht Ruhe und Ordnung zu sichern.“

Die Adventisten haben eine Kirchengemeinde in Tunis und sind mit der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe (ADRA) in Tunesien tätig. ADRA ermöglicht Mädchen in Berggebieten den Schulbesuch und stellt verwitweten Bauernfrauen Ziegen zum Aufbessern des Familieneinkommens zur Verfügung. Außerdem wird die Existenzgründung von Kleinunternehmen zur Herstellung von Teppichen und Kleidung sowie die Bienenzucht gefördert. (1.116 Zeichen)

Organspendenkampagne findet bei religiösen Gemeinschaften Anklang

London/Großbritannien, 24.01.2011/APD Die Kampagne der britischen Regierung zur Sensibilisierung der Wichtigkeit von Organspenden, speziell bei schwarzen und asiatischen ethnischen Gruppen, sei „eine Anerkennung des Einsatzes und des Engagements“ von religiösen Gemeinschaften und sozialpolitischen Gruppierungen, sagte Komal Adris, Direktorin der nationalen Kampagne für Organspenden. Bei einem Treffen britischer Parlamentarier mit Vertretern christlicher, muslimischer, jüdischer, hinduistischer und buddhistischer Gemeinschaften wurde über die Einflüsse von Glaube und Kultur auf die Einstellung einer Person hinsichtlich des Empfangs oder der Spende eines Organs diskutiert.

Die Kampagne der Regierung versuche die Zahl der Spenden eines Organs an eine unbekannte und nicht verwandte Person vor allem bei den Minderheiten zu erhöhen, betonten die Förderer der Organspende. Diese Minderheiten machten in Großbritannien zwar nur acht Prozent der Bevölkerung aus. Bei den auf eine Nierentransplantation Wartenden stellten sie aber ein Viertel der Patienten. Gleichzeitig spendeten sie aber kaum Organe, wie die Fachleute unterstrichen. Gemäß Statistik seien nur 1,7 Pro-

zent der Organspender schwarz, 1,6 Prozent hätten einen asiatischen Hintergrund und mehr als 95 Prozent seien weiß. Die Zunahme von Organspenden seitens dieser Minderheiten wäre eine wesentliche Hilfe bei der Behandlung von Nierenpatienten im Endstadium oder von Patienten mit Herz- und Leberversagen.

Religiöse Gemeinschaften seien besonders geeignet, um die Einstellung ihrer Mitglieder bezüglich der Organspende zu verändern, meinte die Direktorin der nationalen Organspendenkampagne. „Die Tatsache, dass Adventisten in jeder Kirchengemeinde einen Verantwortlichen für Gesundheitsfragen haben, ist außergewöhnlich“, hob Adris hervor. „Ihre Kirche hat bereits bestehende Ressourcen, mit denen wir viel leichter arbeiten können, um unser Anliegen unter die Leute zu bringen“, sagte sie gegenüber Sharon Platt McDonald, Gesundheitsabteilungsleiterin der britischen Adventisten, welche die Freikirchen während der Konferenz vertrat.

Zur Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Großbritannien und Nordirland gehören 30.240 erwachsen getaufte Mitglieder in 247 Gemeinden. (2.022 Zeichen)

Adventisten nehmen zur Schießerei in Tucson/Arizona Stellung

Silver Spring, Maryland/USA, 24.01.2011/APD Bei einer Schießerei vor einem Lebensmittelgeschäft in Tucson, Arizona, sind am 8. Januar sechs Personen getötet und zwölf verletzt worden. Dabei wurden unter anderem die Kongressabgeordnete Gabrielle Giffords durch einen Kopfschuss schwer verletzt und der Oberrichter des US-Distriktsgerichts für Arizona, John Roll, getötet.

„Zusammen mit vielen in den USA drücken wir unser tief empfundenes Mitleid aus und beten für die Verletzten des tragischen Anschlags“, sagte Pastor Don Jackson, Präsident der 1,1 Millionen Adventisten in Nordamerika. Diese Schiesserei mache erneut deutlich, dass wir in einer gefährlichen Zeit leben. „Wir wollen weiterhin für die Angehörigen jener beten, die erschossen wurden sowie für die Kongressabgeordnete Gabrielle Giffords und die anderen Verletzten“, so der Kirchenleiter.

Bereits anlässlich ihrer Generalkonferenz-Vollversammlung (Weltsynode) 1990 in Indianapolis, Indiana/USA, hatte die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten den Verkauf von Handfeuerwaffen an Zivilisten mit einer Erklärung geächtet. Darin steht, dass diese Art von Waffen „keinerlei Legitimation als Sport- oder Freizeitwaffen“ hätten und „zum Töten von Menschen gemacht“ seien.

Waffenbefürworter argumentierten, dass das Verbot von Handfeuerwaffen eine Einschränkung der Menschenrechte darstelle und dass nicht die Waffen, sondern die Menschen Verbrechen begingen. Dieser Argumentation wird in der Stellungnahme mit der Überlegung begegnet, dass „Gewalt und kriminelle Neigungen zur Herstellung von Waffen“ führten und die einfache Verfügbarkeit von Waffen ihrerseits Gewaltanwendungen erleichtere.

Siebenten-Tags-Adventisten möchten mit anderen Menschen guten Willens zusammenarbeiten und Böses nicht mit Bösem vergelten, sondern mit Gutem überwinden beziehungsweise die Ursachen für Verbrechen zu vermindern suchen, heißt es weiter in der Erklärung. „Im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit und den Wert des mensch-

lichen Lebens“, solle der Verkauf von automatischen oder halbautomatischen Handfeuerwaffen streng kontrolliert werden. (1.881 Zeichen)

Martin Luther King Day: US-Adventisten organisieren Gedenkfeiern

Silver Spring, Maryland/USA, 24.01.2011/APD „Gemeinsam mit anderen erinnern wir uns an das Leben von Dr. Martin Luther King Jr.“, sagte Pastor Dan Jackson, Präsident der 1,1 Millionen Siebenten-Tags-Adventisten in Nordamerika. Der nationale Gedenk- und Feiertag für den 1968 ermordeten Bürgerrechtler findet in den USA jeweils am dritten Montag im Januar statt. „Möge dies nicht einfach ein weiterer Feiertag sein, sondern ein Tag, der zum Nachdenken anregt, wie weit wir als Nation gekommen sind und wo wir sein könnten“, unterstrich Jackson. „Was tust du für andere?“, sei für Martin Luther King die wichtigste Frage gewesen, die Menschen ständig begleiten sollte, so der Kirchenleiter.

Laut einem Bericht der Nordamerikanischen Kirchenverwaltung, haben adventistische Kirchengemeinden in den USA verschiedene Veranstaltungen zum Gedenken an Martin Luther King durchgeführt. In der Bronx, New York, sei in der Adventkirche ein interkonfessioneller Gottesdienst abgehalten worden. In Baltimore, Maryland, habe der erste afro-amerikanische Kaplan des US-Senats, Admiral Barry Black, eine Gedenkfeier für den Bürgerrechtler gehalten. Die Andrews University in Berrien Springs, Michigan, habe die Tätigkeit von Martin Luther King anschaulich dargestellt und so erlebbar gemacht. In Los Angeles hätten sich die adventistischen Pfadfinder an der Straßenparade zu Ehren von King beteiligt. Mehr als 400 Studenten und Professoren der Southern Adventist University hätten am Gedenktag 20 gemeinnützige Projekte in Chattanooga, Tennessee, durchgeführt. In den südwestlichen Kirchenbezirken der USA seien am Gedenktag in verschiedenen Städten Essen an Obdachlose ausgegeben sowie Reinigungsaktionen durchgeführt und Kleidung an Bedürftige verteilt worden. (1.569 Zeichen)

Italien: Kontroversen bei der Gesetzgebung zur Religionsfreiheit

Rom/Italien, 24.01.2011/APD Der italienische Außenminister Franco Frattini hat Anfang Januar zusammen mit seinem deutschen Amtskollegen Guido Westerwelle einen weltweiten, wirksamen Schutz der Religionsfreiheit gefordert. Als Reaktion darauf forderte die Föderation Evangelischer Kirchen in Italien (FCEI) am 12. Januar in einer Erklärung die italienische Regierung auf, ein Gesetz zum Schutz der Religionsfreiheit zu verabschieden. Die FCEI erinnerte daran, dass der Einsatz des Außenministers für die Religionsfreiheit auf internationaler Ebene zwar lobenswert sei, in Italien aber noch kein Rahmengesetz dazu bestehe.

Das Kultusgesetz für Minderheitskirchen stamme aus der Zeit des Faschismus. Durch die Schaffung der italienischen Verfassung im Jahr 1948 seien Teile des Kultusgesetzes nicht mehr verfassungsgemäß und müssten dringend revidiert werden, erläuterte Dora Bognandi (Rom), Abteilungsleiterin für Religionsfreiheit der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Italien. Die Vorschläge zum neuen Gesetz zur Religionsfreiheit seien aber in einigen Punkten einschränkender, als das bestehende Kultusgesetz für Minderheitskirchen.

„Die in der Gesellschaft verbreitete Abwehr gegen den Islam hinterlässt auch in der Gesetzgebung ihre Spuren“, betonte Dora Bognandi. Im vorgesehenen Gesetz zur

Religionsfreiheit sei unter anderem vor der Errichtung einer religiösen Versammlungsstätte die Zustimmung der betroffenen Bewohner durch ein Referendum vorgesehen. „Man kann sich leicht vorstellen, was ein solcher Passus für die protestantische Minderheit, wie die Adventisten, bedeuten kann, wenn er Eingang in die Gesetzgebung finden sollte“, sagte die Abteilungsleiterin.

Laut Bognandi gebe es in der Lombardei bereits regionale Gesetze, die Nutzungsänderungen eines Gebäudes verbieten würden. Protestantische Minderheitskirchen seien oft klein und müssten Räume in Gebäuden mieten, deren Nutzung nicht für gottesdienstliche Versammlungen vorgesehen seien. Es zeige sich, dass die Kampagnen gegen Muslime und die Einschränkung von deren Religionsfreiheit, immer auch christliche Minderheitskirchen treffen würden.

In der FCEI sind rund 65.000 Christen protestantischer Traditionen zusammengeschlossen, und zwar Waldenser, Methodisten, Baptisten, Lutheraner, Mitglieder der Heilsarmee und Angehörige weiterer evangelischer und pfingstkirchlich-charismatischer Gemeinschaften. Laut Dora Bognandi haben die Adventisten in der FCEI seit 2006 den Gaststatus und beteiligen sich an der Herausgabe des FCEI-Jahresbuches, das jeweils am 17. Februar publiziert wird. Das ist der Jahrestag der Zuerkennung religiöser Rechte und bürgerlicher Freiheiten an die Waldenser, die ihnen 1848 in einem Patent von König Karl Albert von Piemont-Sardinien nach 700 Jahren Verfolgung gewährt wurden.

Die evangelische Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten zählt in Italien über 9.000 erwachsen getaufte Mitglieder in 108 Kirchengemeinden. Zu ihren Einrichtungen zählen die adventistische Theologische Fakultät „Villa Aurora“ (Florenz), das Verlags- haus ADV (Impruneta bei Florenz), ein Altenheim (Forli) sowie zwei Jugendgästehäuser (bei Poppi und auf Sizilien). Seit 1979 betreiben die Adventisten in enger Zusammenarbeit mit Adventist World Radio (AWR) auch neun lokale UKW-Rundfunksender. Medienzentren mit Aufnahmestudios für Radioprogramme befinden sich in Florenz und Rom.

(2.996 Zeichen)

Peru: Gesetz über religiöse Gleichbehandlung verabschiedet

Lima/Peru, 24.01.2011/APD Die Mitglieder des Peruanischen Kongresses haben ein Gesetz über die religiöse Gleichbehandlung verabschiedet, das die Religionsfreiheit aller Bürger gleichermaßen garantieren soll. In Peru bezeichnen sich rund 81 Prozent der Bevölkerung als römisch-katholisch, zwölf Prozent als evangelisch oder evangelikal, und je drei Prozent als Mitglied einer anderen Religion oder als nicht religiös. Die Religionsfreiheit hat in Peru seit 1973 Verfassungsrang.

Das neue Gesetz über die religiöse Gleichberechtigung anerkenne den religiösen Pluralismus. „Alle Religionen genießen die gleichen Rechte, Pflichten und Vergünstigungen“, sagte Edgardo Mugerza Florián, Abteilungsleiter der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit in Peru. Das Gesetz garantiere die ungehinderte öffentliche und private Ausübung der Religion. Die freie Religionsausübung werde nur dann eingeschränkt, wenn sie die Freiheit oder Grundrechte Anderer beeinträchtige und die öffentliche Ordnung oder das Gemeinwohl gefährde.

Das Gesetz schütze im Besonderen auch die religiösen Überzeugungen von Studenten und verpflichte die staatlichen Lehranstalten, diese zu respektieren, betonte der Freikirchenvertreter. Es stelle sicher, dass die Religionsausübung eines Studenten keine Auswirkungen auf seinen Studienabschluss haben dürfe. Laut Florián verbiete das Gesetz „jede Handlung oder Unterlassung“, die eine Person auf Grund ihrer religiösen Überzeugung diskriminieren würde, und anerkenne religiösen Pluralismus.

Schüler und Studenten jüdischen und adventistischen Glaubens seien auf das Verständnis und Entgegenkommen von Professoren und Schulverwaltungen angewiesen, um Aufnahme- oder Zwischenprüfungen, die an einem Samstag (Sabbat) angesetzt sind, an einem anderen Tag absolvieren zu können.

Vertreter der Adventisten hätten sich in Peru während mehr als zehn Jahren für einen umfassenderen Schutz der Religionsfreiheit eingesetzt und viel Überzeugungsarbeit bei Regierungs- und Kirchenvertretern geleistet. „Es freut uns sehr, dass unser Einsatz eine Rolle gespielt haben mag bei der Verabschiedung dieses historischen Gesetzes“, betonte John Graz (Silver Spring, Maryland/USA), Direktor der adventistischen Weltkirchenleitung für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit. (2.101 Zeichen)

Aserbaidshjan: Polizei beendet adventistischen Gottesdienst

Oslo/Norwegen, 24.01.2011/APD Rund 15 Polizeibeamte beendeten am Samstag, 11. Dezember, einen Gottesdienst der Siebenten-Tags-Adventisten in einem privaten Wohnhaus in Sumqayit, einer Industriestadt nördlich der aserbaidshjanischen Hauptstadt Baku. Laut der norwegisch-dänischen christlichen Menschenrechtsorganisation „Forum 18“ in Oslo seien die Polizisten von Journalisten begleitet worden, die gegen den Willen der Gottesdienstbesucher Videoaufnahmen gemacht hätten. Außerdem wären bei der Aktion ein Vertreter der staatlichen Behörde für religiöse Angelegenheiten und mehrere Männer in Zivilkleidung dabei gewesen. Die zehn Gottesdienstbesucher seien verhört worden. Die Behörden hätten ihnen vorgeworfen, eine religiöse Versammlung ohne staatliche Genehmigung abgehalten zu haben. Bücher, CDs und DVDs mit religiösem und nichtreligiösem Inhalt, etwa Zeichentrickfilme für Kinder mit Tom und Jerry oder DVDs mit Geburtstags- und Hochzeitsfeiern, wären ohne gerichtlichen Durchsuchungsbefehl beschlagnahmt worden.

Die Gottesdienstbesucher seien, so „Forum 18“, unter anderem gefragt worden, wie viel Geld ihnen gezahlt worden wäre, damit sie Christen würden. Die Adventisten hätten geantwortet, man brauche ihnen kein Geld zu geben, denn sie seien aus Überzeugung Christen. Ein Dokument des für die Religionsgemeinschaften zuständigen staatlichen Komitees in Baku, dass die adventistische Gemeinde in Sumqayit die Genehmigung zur Abhaltung von Gottesdiensten beantragt habe, hätte die Behördenvertreter nicht beeindruckt.

Wie „Forum 18“ mitteilte, seien zwei Adventisten zu weiteren Verhören ins Polizeirevier mitgenommen worden. Drei Tage später habe sie das Stadtgericht von Sumqayit zu Geldstrafen verurteilt. Der mit einer aserbaidshjanischen Frau verheiratete und legal im Land lebende Moldauer Rustam Ahmedov sei wegen „Durchführung von religiöser Propaganda durch einen Ausländer“ mit der Höchststrafe von 400 Manat (380 Euro) und Oleg Litovchenko wegen „Verletzung der Vorschriften zur Abhaltung von religiösen

Versammlungen“ zu 300 Manat (285 Euro) verurteilt worden. Bei einem durchschnittlichen jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von umgerechnet 2.940 Euro handele es sich um empfindliche Strafen.

Adventisten gebe es seit über einhundert Jahren in Aserbaidschan. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten sei von den Behörden nicht verboten worden, teilte „Forum 18“ mit. Im Gegenteil, auf der Internetseite des für die Religionsgemeinschaften zuständigen staatlichen Komitees wären die Adventisten zusammen mit den Russischen Orthodoxen, Katholiken und Baptisten als „traditionelle Konfession“ aufgeführt. Das kleine Haus in dem der Gottesdienst stattfand, war 2003 von Adventisten in Sumqayit gekauft worden. Regelmäßige Versammlungen der Gemeinde hätten dort von 2006 bis zum Dezember 2010 ohne Beeinträchtigung stattgefunden.

In Aserbaidschan gibt es 712 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in fünf Gemeinden, die von drei Pastoren betreut werden.

Obwohl die Verfassung Aserbaidschans die Religionsfreiheit zusichere, komme es laut „Forum 18“ immer wieder zu Polizeimaßnahmen wegen „illegaler Gottesdienste“. So sei beispielsweise am 31. Oktober 2010 eine Erntedankfeier der Baptisten in Kusar (Qusar) im Norden des Landes von den Behörden aufgelöst und vier Gemeindemitglieder wären fünf Tage lang inhaftiert worden. (2.973 Zeichen)

Vietnam: Parteiführer besuchen Kirchenleiter zu Weihnachten

Hanoi/Vietnam, 24.01.2011/APD Huynh Dam, Präsident der Vaterländischen Front Vietnam, besuchte zu Weihnachten den römisch-katholischen Erzbischof von Hanoi, Pierre Nguyen Van Nhon, um ihm und den Gläubigen ein frohes Fest zu wünschen. Laut dem staatlichen „Radio The Voice of Vietnam – VOV“ (Dai Tieng Noi Viet Nam) hob Dam hervor, dass die Katholiken in den letzten Jahren an ihrer Vaterlandsliebe festgehalten hätten. Dass sie auch künftig ihren Beitrag zum Aufbau eines starken Landes mit materiell abgesicherten Menschen und einer gerechten sowie zivilisierten Gesellschaft leisteten, sei sein Wunsch.

In Ho-Chi-Minh-Stadt, dem ehemaligen Saigon, stattete Le Thanh Hai, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei und Sekretär des Stadtkomitees der KP, der dortigen katholischen Erzdiözese und der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten einen Weihnachtsbesuch ab. Kardinal Pham Minh Man betonte, so VOV, dass die vietnamesischen Katholiken loyal gegenüber Gott und eng mit der Nation verbunden seien.

Pastor Tran Cong Tan, Präsident der Adventisten in Vietnam, hob hervor, dass die Verfassung des Staates die Religions- und Glaubensfreiheit zusichere. Wie VOV mitteilte, bekräftigte er, dass sich die Freikirche an den sozialökonomischen Entwicklungsvorhaben des Staates beteiligen werde, um das Land wohlhabender und kultivierter zu machen.

Eine Delegation der Vaterländischen Front Vietnam unter Leitung von Vizepräsident Tran Hoang Tham überbrachte in Ho-Chi-Minh-Stadt ebenfalls Weihnachts- und Neujahrsgrüße der katholischen Erzdiözese und der Südlichen Evangelischen Kirche

Vietnams, berichtete VOV. Das katholische Erzbistum in Hue erhielt zu Weihnachten Besuch von Frau Ha Thi Khiet, Parteisekretär des Zentralkomitees der KP.

Von den 86 Millionen Einwohnern Vietnams sind nach Schätzungen 7,6 Millionen Buddhisten, sechs Millionen Katholiken und rund eine Million Protestanten. Außerdem gibt es Anhänger von Cao Dai (zwei Millionen) und Hoa Hoa (eine Million) sowie etwa 50.000 Muslime.

Der katholische Glaube kam erstmals im 16. Jahrhundert mit französischen, spanischen und portugiesischen Missionaren ins Land. Heute gibt es in Vietnam 26 Diözesen, darunter drei Erzbistümer. Zu den offiziell vom Staat anerkannten protestantischen Kirchen zählen die Südliche Evangelische Kirche Vietnams, die Evangelische Kirche von Vietnam Nord, ein Teil der Mennonitenkirche, die Siebenten-Tags-Adventisten und die Grace-Baptistische Kirche in Ho-Chi-Minh-Stadt.

Die vietnamesische Regierung hatte die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten bereits im Dezember 2006 staatlich anerkannt. Doch erst mit der Verabschiedung einer Verfassung und der Wahl einer Kirchenleitung im Jahr 2008 waren die vietnamesischen Adventisten auch rechtsfähig. In Vietnam gibt es 9.897 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in sechs Gemeinden und 31 staatlich registrierten Gruppen in Privatwohnungen (Hauskirchen), die von sechs Pastoren betreut werden. Die meisten Adventisten leben in Süd- und Zentralvietnam. Die adventistische Mission begann dort 1929. Mit der Wiedervereinigung Vietnams unter kommunistischer Herrschaft im Jahr 1976 wurden das Kranken- und Verlagshaus der Freikirche im früheren Saigon sowie die 16 Schulen im Süden des Landes verstaatlicht. 1993 eröffnete die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA in der Hauptstadt Hanoi ein Landesbüro.

„Adventist World“, die monatliche, internationale Zeitschrift der adventistischen Weltkirchenleitung, gibt es auch in Vietnamesisch. Laut dem Präsidenten der Siebenten-Tags-Adventisten in Vietnam, Pastor Tran Cong Tan (Ho-Chi-Minh-Stadt), eröffne sich dadurch eine neue Perspektive für die rund 10.000 vietnamesischen Adventisten, die aufgrund ihrer Isoliertheit sich jahrzehntelang am Rand der weltweiten adventistischen Kirche gefühlt hätten, da sie nur sehr wenige Materialien und kaum Informationen von ihrer Weltkirchenleitung hätten erhalten können. (3.477 Zeichen)

Samoa: Wenn Sonntagsruhe, dann auch Arbeitsruhe am Samstag

Apia/Samoa, 24.01.2011/APD Der Premierminister des pazifischen Inselstaates Samoa, Tuila'epa Sailele Malielegaoi, hat in seiner wöchentlichen Rundfunkansprache betont, dass seine Regierung kein Gesetz erlassen werde, das die Arbeitsruhe am Sonntag verordne. Laut Radio Neuseeland International (RNZI) habe ein Leiter der Congregational Christian Church auf Samoa die Regierung aufgefordert, die Arbeit in Industrie und Handel am Sonntag zu untersagen, damit die Menschen den Gottesdienst besuchen könnten. Der Premierminister hob hervor, dass die Verfassung Samoas die Religionsfreiheit garantiere, sodass jeder das Recht habe, die Sonntagsruhe einzuhalten oder auch nicht einzuhalten. Es sei nicht Sache der Regierung, hierzu Vorschriften zu erlassen. Der Regierungschef meinte zudem, dass bei einem Arbeitsverbot am Sonntag der Staat auch den arbeitsfreien Samstag einführen müsste, denn

die Siebenten-Tags-Adventisten hätten ihren Ruhetag nicht am Sonntag, sondern feierten den Sabbat.

Von den 179.000 Einwohnern Samoas bekennen sich 98 Prozent zum Christentum. Mit 33,6 Prozent der Bevölkerung ist die Congregational Christian Church die größte Kirche im Inselstaat. Die Kongregationalisten entstanden ursprünglich innerhalb der Anglikanischen Kirche durch Einflüsse der reformierten Tradition Johannes Calvins und Ulrich Zwinglis. Oberstes Prinzip hat für sie die Autonomie der einzelnen Kirchengemeinden. Außerdem gibt es auf Samoa unter anderem Katholiken (19,4 Prozent), Methodisten (14,3 Prozent), Mormonen (13,3 Prozent), Assembly of God (6,9 Prozent), Siebenten-Tags-Adventisten (3,5 Prozent), Zeugen Jehovas (0,8 Prozent), Bahai (0,4 Prozent) und Neuapostolische (0,4 Prozent). (1.524 Zeichen)

Verfechter der Religionsfreiheit ausgezeichnet

Bern/Richmond (Virginia/USA), 24.01.2011/APD Der in den USA lebende schweizerisch-französische Doppelbürger, Dr. John Graz, ist am 13. Januar in Richmond (Virginia/USA) mit dem amerikanischen „National First Freedom Award“ für seine Verdienste zur Förderung und Verteidigung der Religionsfreiheit ausgezeichnet worden.

Der Preis wird jedes Jahr im Januar, anlässlich des amerikanischen Jahrestages für Religionsfreiheit, vom „First Freedom Center“ in Richmond vergeben. Die 1984 gegründete unpolitische und nicht-religiöse Non-Profit-Organisation fördert die Religionsfreiheit durch Bildungsveranstaltungen und Unterrichtsmaterialien. Neben dem nationalen Preis wurde dieses Jahr mit dem „International First Freedom Award“ die pakistanische Juristin Asma Jahangir, UN-Sonderberichterstatterin für Glaubens- und Gewissensfreiheit von 2004-2010, für deren unermüdlichen Einsatz für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten geehrt. Jahangir erhielt unter anderem 2008 die Ehrendoktorwürde der Universität Zürich.

Die Preisträgerin verzichtete wegen der angespannten Lage in Pakistan aufgrund der Ermordung des Gouverneurs von Panjab im Zusammenhang mit dem umstrittenen Blasphemiegesetz darauf, ihr Land zu verlassen, um den Preis persönlich in Richmond entgegenzunehmen. Sie wurde durch ihre Tochter und Rechtsanwältin Sulema Jahangar vertreten.

Ferner erhielt der Baptist J. Brent Walker, Leitender Direktor des Gemeinsamen baptistischen Ausschusses für Religionsfreiheit (Baptist Joint Committee for Religious Liberty) den „Virginia First Freedom Award“.

Preisträger John Graz studierte Theologie, Geschichte und Religionssoziologie an den Universitäten von Montpellier und Paris-Sorbonne. „Ich fühle mich durch diese Auszeichnung sehr geehrt und teile diese Ehre mit meinem Mitarbeiterteam“, sagte Graz, Direktor der Abteilung für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit (PARL) der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Silver Spring, Maryland/USA. Seit ihrer Gründung 1863 betont die evangelische Freikirche das Menschenrecht der Religionsfreiheit und setzt sich für deren Förderung auf internationaler Ebene, einschließlich bei den Vereinten Nationen, ein.

John Graz vertritt in Publikationen, Radio- und Fernsehsendungen sowie durch seine Interventionen bei Regierungen und internationalen Fachkongressen mit Nachdruck die Auffassung, dass Religionsfreiheit unterschiedslos für alle Menschen gilt, egal ob sie gläubig sind oder nicht.

„First Freedom Award“-Preisträger vergangener Jahre waren: Madeleine K. Albright, ehemalige US-Außenministerin (2007), Václav Havel, früherer Präsident von Tschechien (2006), Tony Blair, ehemaliger Premierminister von Großbritannien (1999), Garry Wills, Ph.D., Pulitzer Preisträger (2004), Richard C. Holbrooke, Chef-Unterhändler des Dayton Friedensabkommens (1996). (2.548 Zeichen)

Christenverfolgungs-Index: An der Spitze steht erneut Nordkorea

Kelkheim/Deutschland, 24.01.2011/APD Christen in Nordkorea leiden weltweit am meisten unter Verfolgung wegen ihres Glaubens. Wie aus einer Studie des international tätigen Hilfswerks für verfolgte Christen, „Open Doors International“, hervorgeht, führe das Land seit neun Jahren eine Liste von 50 Staaten an, in denen Christen verfolgt würden. Auf dem Index folgen nach Nordkorea der Iran, Afghanistan, Saudi-Arabien, Somalia, die Malediven, der Jemen, Irak, Usbekistan und Laos. „Open Doors“ schätzt, dass weltweit rund 100 Millionen Christen aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden. Christen seien damit die größte Gruppe aller aus religiösen Gründen Verfolgten.

Seit 1993 bewertet eine internationale Arbeitsgruppe von „Open Doors“ jährlich die Situation für Christen in Ländern mit eingeschränkter Religionsfreiheit aufgrund von veröffentlichten Berichten zu Übergriffen auf Christen, Informationen aus erster Hand durch eigene Befragung vor Ort und Einschätzungen von Experten.

Die Verfolgung der Christen in Nordkorea (Platz 1) halte an. Das abgeschottete Land sei tief von einem Personenkult geprägt, durch den der verstorbene Diktator Kim Il Sung quasi zu einem Gott erhoben werde. Jede andere religiöse Aktivität betrachte das Regime als Angriff auf die sozialistischen Prinzipien Nordkoreas. Christen hätten keinerlei Existenzberechtigung. Gläubige, die sich nur heimlich und zu wenigen im Untergrund versammeln könnten, stünden immer in der Gefahr, entdeckt zu werden. Ihnen drohe Gefängnis, Arbeitslager oder Hinrichtung. Im Berichtszeitraum zwischen dem 1. September 2009 und 31. Oktober 2010 seien Hunderte Christen aus verschiedenen Gründen verhaftet worden. Einige hätte man getötet, andere in politische Straflager deportiert. Derzeit seien nach Open Doors-Informationen rund 70.000 Christen in Straflagern Nordkoreas gefangen.

Auch der Iran verbleibe auf Platz 2 des Weltverfolgungsindex. Im Berichtszeitraum sei es zu weiteren Verhaftungswellen von Christen gekommen. Viele Gottesdienste würden von der Geheimpolizei überwacht. Christen muslimischer Herkunft, die sich in Hausgemeinden engagierten, seien vernommen, verhaftet, misshandelt und ins Gefängnis gesteckt worden. Afghanistan habe Saudi-Arabien auf Platz 3 abgelöst. In Afghanistan könne die christliche Minderheit ihren Glauben nur im Untergrund leben. Im wahhabitischen Königreich Saudi-Arabien (Platz 4), in dem eine strenge Form des Islam gelte, sei es Bürgern verboten, zu einer anderen Religion als dem Islam zu konvertieren. Auf Konversion stehe laut Scharia auch in Somalia (Platz 5) die Todes-

strafe. Mindestens acht Christen seien in dem ostafrikanischen Land aufgrund ihres Glaubens von radikalen Islamisten ermordet worden. Nach einem Jahr der anhaltenden Gewaltakte gegen Christen mit vielen Todesopfern und Verletzten rückte der Irak von Platz 17 auf Platz 8 vor. Der Islam ist in acht der ersten zehn Länder des Weltverfolgungsindex 2011 die Religion der Mehrheitsbevölkerung.

Open Doors wurde als christliche Stiftung 1955 von dem Holländer Anne van der Bijl gegründet, der als „Bruder Andrew“ oder „Der Schmuggler Gottes“ weltweit bekannt wurde. Als überkonfessionelles Hilfswerk unterstützt Open Doors heute in über 50 Ländern verfolgte Christen mit Bibeln und christlicher Literatur sowie mit Hilfe zu Selbsthilfe-Projekten, bildet Gemeindeleiter aus, engagiert sich für Gefangene und hilft Familien ermordeter Christen. Der Weltverfolgungsindex 2011 ist im Internet unter www.opendoors-de.org zu finden. (3.087 Zeichen)

EU-Außenbeauftragte muss stärker für Religionsfreiheit eintreten

Brüssel/Paris, 24.01.2011/APD Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Mario Mauro, hat die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton zu größerem Einsatz für die Religionsfreiheit weltweit aufgerufen. Die EU müsse eine Führungsrolle einnehmen, um die Religionsfreiheit zu verteidigen, erklärte der Europaabgeordnete in Brüssel. Wirtschaftliche Hilfe könne an den Schutz religiöser und ethnischer Minderheiten in den Empfängerländern geknüpft werden.

Es sei gezieltes diplomatisches Handeln nötig, um mit den Ländern, in denen die Religionsfreiheit am meisten bedroht sei, in den Dialog zu treten, sagte Mauro. Laut Kathpress hätte ein Sprecher Ashtons zuvor erklärt, derzeit liefen Gespräche zwischen den verschiedenen EU-Institutionen. Dabei solle geprüft werden, in welcher Weise die EU nach dem Anschlag auf Kopten in Ägypten für Religionsfreiheit eintreten könne.

Auch die französische Außenministerin Michele Alliot-Marie forderte Ashton zum koordinierten Vorgehen des Schutzes der Christen im Nahen Osten auf. Sie habe ein entsprechendes Schreiben an die EU-Außenbeauftragte gerichtet, sagte Alliot-Marie im französischen Radio „Europe 1“. Das Thema solle auf die Tagesordnung des EU-Außenministertreffens am 31. Januar gesetzt werden. Diese Forderung werde auch vom italienischen Außenminister Franco Frattini unterstützt.

„Wir sind über das Stadium hinausgekommen, in dem man nur seine Bestürzung oder seine Trauer äußert“, so die französische Außenministerin. Jetzt müssten konkrete Taten folgen. So hätten seit Beginn des Irak-Krieges 2003 die kurdischen Gemeinschaften im Norden des Landes rund 200.000 Christen aufgenommen, erinnerte Alliot-Marie. Es müsse nach Wegen gesucht werden, wie ihnen bei der Aufnahme dieser Bevölkerungsgruppe geholfen werden könne. Es sei wichtig, dass die EU handle, um zu gewährleisten, dass jeder seine Religion dort ausüben könne, wo er lebe. So gebe es auch die Möglichkeit, verfolgten Christen in Frankreich Asyl zu gewähren. Wichtiger aber sei, dass sie in ihrer Heimat leben könnten.

Ministerin Alliot-Marie äußerte sich auch zu einer neuen Umfrage, wonach jeweils rund 40 Prozent der Franzosen und der Deutschen den Islam als Bedrohung der kulturellen Identität betrachteten. Ängste entstünden vor allem durch das, was man nicht kenne,

so die Außenministerin. Es dürfe nicht dazu kommen, dass Terrorismus und Islam gleichgesetzt würden.

Auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich zum Schutz von christlichen Minderheiten bekannt. „Glaubens- und Religionsfreiheit sind ein essenzieller Wert, ein Kernwert der deutschen Außenpolitik. Dass Leib und Leben von Minderheiten weltweit geschützt werden, auch das der christlichen Minderheiten in zahlreichen Ländern, ist für uns ein zentrales Anliegen“, sagte die CDU-Vorsitzende der „Passauer Neuen Presse“.

Nach Angaben von Othmar Karas, Vizepräsident der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, fordere die EVP die Aufnahme einer verbindlichen Klausel zum Respekt von Religionsfreiheit in allen EU-Abkommen mit Drittländern. „Religionen und Grundwerte sind ein wichtiger Bestandteil der europäischen Identität – und das muss in unserer Arbeit weltweit auch klar zum Ausdruck kommen“, so Karas. „Ich fordere von der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton einen jährlichen Fortschrittsbericht an das Europäische Parlament, was der Europäische Auswärtige Dienst im Kampf gegen die Christenverfolgung unternimmt. Das Gesicht Europas sollte auch das Gesicht der Grundrechte und der Freiheiten sein – die EU muss weltweit Mitverantwortung übernehmen“, betonte der österreichische Politiker Karas in Wien.

(3.206 Zeichen)

UN-Menschenrechtskommissarin verlangt Schutz religiöser Minderheiten

Genf/Schweiz, 24.01.2011/APD Die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, die Südafrikanerin Navanethem Pillay, hat von der internationalen Staatengemeinschaft entschiedeneren Einsatz gegen Gewalt an religiösen Minderheiten verlangt. Zudem müssten Gesetze abgeschafft werden, mit denen solche Minderheiten benachteiligt würden, betonte Pillay in einem in Genf veröffentlichten Appell. Übergriffe auf Kirchen, Moscheen, Synagogen, Tempel und andere religiöse Stätten müssten ein Weckruf sein, um alle zum Einsatz für mehr Toleranz zu bringen. Die Staaten hätten nicht nur eine moralische, sondern auch die rechtliche Pflicht, den Schutz ihrer religiösen Minderheiten zu gewähren.

Die UN-Menschenrechtskommissarin erinnerte daran, dass Angehörige verschiedener Religionen im vergangenen Jahr Opfer von Übergriffen geworden seien. Dazu gehörten neben den Kopten in Ägypten auch Christen und Muslime in Nigeria und Pakistan. Auch im Iran, in Malaysia, Irak und Indonesien seien Christen, Muslime, Sikhs und andere religiöse Minderheiten Opfer von Anschlägen geworden.

„Der Schutz der religiösen Minderheiten ist keine auf ein Gebiet oder eine Glaubensrichtung beschränkte Herausforderung. Alle Staaten haben religiöse Minderheiten, und viele Angehörige dieser Minderheiten werden mehr oder weniger diskriminiert“, hob Pillay hervor. Sie verlangte, nicht nur in den Gesetzen, sondern auch im politischen Alltag und im Bildungswesen die Förderung von Toleranz in den Mittelpunkt zu stellen. Die Staaten müssten zudem dafür sorgen, dass auch Aufruf zu religiösem Hass unter Strafe gestellt werde.

(1.461 Zeichen)

Heilsarmee jetzt in 122 Ländern tätig

London/Großbritannien, 24.01.2011/APD Die Heilsarmee ist mit der Gründung einer Niederlassung auf den Turks- und Caicosinseln zu Jahresbeginn jetzt in 122 Ländern vertreten. Wie das Internationale Hauptquartier der Freikirche in London mitteilte, wurden die Kapitäne Matthew und Rebecca Trayler, Heilsarmeeoffiziere (Geistliche) aus den USA, zu Leitern auf der Inselgruppe ernannt. Sie arbeiten dort bereits seit 2008 als Entwicklungsoffiziere (Missionare). Das britische Überseegebiet der Turks- und Caicosinseln liegt nordöstlich von Kuba, hat 33.000 Einwohner und besteht aus 40 Inseln, wovon acht bewohnt sind.

Weltweit zählen sich etwa drei Millionen Anhänger zur Heilsarmee. In Deutschland unterhält sie 45 Korps (Gemeinden) und 42 soziale Einrichtungen. In der Schweiz gibt es 62 Gemeinden, 35 Sozialeinrichtungen und sechs Sozialberatungsstellen.

(773 Zeichen)

Basler Regierung beantragt Anerkennung der Neuapostolischen Kirche

Basel/Schweiz, 24.01.2011/APD Wie die Neuapostolische Kirche Schweiz (NAK) mitteilte, habe der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt in seiner Sitzung vom 21. Dezember 2010 beschlossen, beim Basler Großen Rat die Anerkennung der Neuapostolischen Kirche zu beantragen.

Die neue Verfassung des Kantons Basel-Stadt von 2005 biete die Möglichkeit, dass sich christliche Gemeinschaften als Kirchen anerkennen lassen könnten. Voraussetzungen hierzu seien, dass die Kirche im Kantonsgebiet eine gesellschaftliche Bedeutung habe, den Religionsfrieden und die Rechtsordnung respektiere, über eine transparente Finanzverwaltung verfüge sowie den jederzeitigen Kirchenaustritt zulasse.

Nach erfolgter Prüfung wurde das Gesuch des NAK-Kirchenbezirks Basel am 21. Dezember 2010 dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt vorgelegt. Dieser beschloss, beim Großen Rat (Legislative) zu beantragen, die Neuapostolische Kirche in einer der nächsten Sitzungen als Kirche anzuerkennen.

Wegen unterschiedlicher Gesetzgebungen in den Kantonen der Schweiz sei eine staatliche Anerkennung nicht überall möglich. Im Kanton Baselland beispielsweise erlaube das kantonale Kirchengesetz eine Anerkennung als Kirche nur, wenn die Rechtsform der Kirche sich auf das kantonale Territorium beschränke. Der Kanton Aargau, in dem sich auch Kirchgemeinden des Bezirkes Basel befänden, sehe eine Kirchenanerkennung gar nicht vor.

Die Leitung des neun Gemeinden umfassenden neuapostolischen Kirchenbezirks Basel sieht nach eigenen Angaben, in einer kantonalen Anerkennung als Kirche „einen logischen und vertrauensbildenden Schritt gegenüber der interessierten Öffentlichkeit“.

Die Neuapostolische Kirche Schweiz, mit Sitz in Zürich, sowie die von ihr betreuten Länder Österreich, Spanien, Italien, Rumänien und weitere Gebiete Osteuropas, werden vom Bezirksapostel Markus Fehlmann geleitet. Ihm stehen sieben Apostel und sieben Bischöfe zur Seite. Sein Arbeitsbereich erstreckt sich über insgesamt 15 Länder und gliedert sich in 58 Bezirke mit 57.000 Mitgliedern in rund 600 Gemeinden.

In Deutschland hat die Neuapostolische Kirche den Status einer „Körperschaft des öffentlichen Rechts“, in Österreich gehört sie zu den derzeit 14 vom Staat „anerkannten Religionsgemeinschaften“.

(2.016 Zeichen)

ADRA – Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe

Entsetzen über tödlichen Anschlag auf Entwicklungshelfer in Afghanistan

Weiterstadt bei Darmstadt, 24.01.2011/APD Sein Entsetzen über den tödlichen Anschlag auf einen deutschen Entwicklungshelfer in Afghanistan brachte Heinz-Hartmut Wilfert (Weiterstadt bei Darmstadt), Pressesprecher der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland, zum Ausdruck. „Für uns als Helfer ist es immer besonders schmerzlich, wenn Ablehnung und Hass zu solchen Exzessen führen, wo doch das gesamte Interesse unserer Einsätze und Projekte darauf abzielt, den Menschen konkrete und nachhaltige Hilfe zu bringen. Dennoch nehmen wir die Unterstützung, die Dankbarkeit und die Freundlichkeit der Menschen wahr, die unsere gemeinsame Arbeit schätzen.“ Sie bildeten die Mehrheit in Afghanistan und äußerten, dass sie diese Zusammenarbeit benötigten. „Wir werden uns deshalb auch nicht davon abbringen lassen, gute Prozesse im Lande anzuregen und zu begleiten“, so Wilfert. Den Angehörigen des Getöteten gelte das Mitgefühl und dem verletzten afghanischen Mitarbeiter der Wunsch, dass er bald wieder gesund werde.

Beim Beschuss seines Fahrzeuges auf einer neuerbauten Straße zwischen Kholm und Kundus im Norden Afghanistans war an Heiligabend ein deutscher Entwicklungshelfer der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) tödlich getroffen worden. Einer der drei afghanischen Begleiter erlitt bei dem Angriff leichte Verletzungen. Die Betroffenen waren im Rahmen eines Projekts der KfW tätig und koordinierten den Bau der Straße. Der KfW-Berater starb im Bundeswehrkrankenhaus in Masar-i-Scharif. Zu dem Anschlag bekannten sich die Taliban.

Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA habe laut Wilfert seit 1997 von den angrenzenden Ländern Pakistan, Usbekistan, Tadschikistan und dem Iran Hilfsgüter nach Afghanistan gebracht. „Im Februar 2002 eröffnete ADRA in Kabul ein Büro und wurde im Mai des gleichen Jahres als internationales Hilfswerk bei der afghanischen Regierung registriert.“ Neben Projekten im Bereich Bildung und Gesundheit führe ADRA seit 2002 für die Not leidende Bevölkerung eine Winterhilfe durch. Zur Zeit würden mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland Decken, Schuhe, Heizmaterialien und Plastikplanen in den Provinzen Kabul und Balkh an über 2.200 Empfängerfamilien mit etwa 15.600 Personen, die im eigenen Land vertrieben worden oder aus Pakistan zurückgekehrt seien, verteilt. Für die Herstellung der Decken habe ADRA 150 einheimische Näherinnen angestellt. Viele von ihnen seien Witwen und auf die Arbeit angewiesen. Für jede genähte Decke erhielten sie einen doppelt so hohen Lohn wie sonst in Afghanistan üblich. Durch das erzielte Einkommen könnten die Frauen sich und ihre Familien während der Wintermonate versorgen.

(2.431 Zeichen)

Bessere Existenzsicherung für 10.000 Bauernfamilien in Ghana

Tamale/Ghana, 24.01.2011/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe (ADRA) unterstützt in sieben Distrikten im Nordwesten Ghanas 10.000 Bauernfamilien, um deren Existenz durch gesteigerte Erträge zu erhöhen und gegen Ernteauffälle abzusichern. Das Projekt wurde aufgrund der stark gestiegenen Nahrungsmittelpreise konzipiert, die eine Folge der Energiekrise von 2008 und der Überschwemmungen im Norden Ghanas waren. 40 Prozent der Projektpartner seien nach Angaben von ADRA Bäuerinnen und Witwen, sodass rund 70.000 Personen davon profitierten.

Zum Projekt gehörten die Fortbildung der Landwirte sowie die Möglichkeit, dass sie Saatgut und Dünger kaufen sowie das Pflügen bezahlen können. Die Position der Bauern gegenüber den Lieferanten werde gestärkt, denn sie lernten zu verhandeln, einfache Wirtschaftspläne zu entwickeln und landwirtschaftliche Genossenschaften zu gründen. „Die Trainer werden die Bäuerinnen und Bauern auch kundenorientiert ausbilden“, betonte Isaac Kankam-Boadu, Projektleiter von ADRA Ghana, anlässlich eines dreitägigen Lehrgangs für Ausbilder und Ausbilderinnen in der Landwirtschaft in Tamale, 400 Kilometer nördlich der Hauptstadt Accra.

Das 20 Monate dauernde Agrarprojekt werde von der Europäischen Union mit 1,3 Millionen Euro gefördert. Laut dem Direktor von ADRA Ghana, Dr. William Yaw K. Brown, beteilige sich ADRA Großbritannien mit zehn Prozent an den Gesamtkosten.

Nach Angaben des ghanaischen ADRA-Projektleiters Kankam-Boadu würden die Landwirte ihre Ausbildungskosten und die Darlehen in Naturalien zurückzahlen, die in Gemeinschaftshallen gelagert und später zu guten Preisen verkauft werden könnten. Mit dem Erlös solle ein Fonds gebildet werden, der den Genossenschaften für Investitionen in der nächsten Aussaatphase zur Verfügung stehe. Die Bauern sollten durch das Projekt befähigt werden, Überschüsse zu produzieren und durch deren Verkauf Einkommen für ihre Familien zu erwirtschaften.

Seit dem Projektbeginn im Januar 2010 seien laut ADRA 73 Tonnen Mais-, Sojabohnen- und Erdnusssamen sowie knapp 22.000 Säcke Dünger verteilt und außerdem 3.200 Hektar Ackerboden in 179 Gemeinden vorwiegend mit Traktoren gepflügt worden. Es zeichne sich trotz Dürreperioden und nachfolgender Überschwemmungen in der Wachstumszeit eine drei- bis fünffach größere Ernte auf den Feldern der am Projekt beteiligten Landwirte gegenüber nicht beteiligten Bauern ab.

Für den Einsatz zugunsten der Armen erhielt ADRA Ghana 2010 den „Millennium Excellence Award“ im Bereich „International Development Partner“ (Partner internationaler Entwicklung). Es handelt sich um eine Auszeichnung, die nur alle fünf Jahre von einer privaten ghanaischen Institution unter der Schirmherrschaft von Otumfuo Osei Tutu II., König der Ashanti, des größten Stammes in Ghana, vergeben wird. In den USA bekam ADRA Ghana von InterAction, einen Zusammenschluss US-amerikanischer Nichtregierungsorganisationen (NGO's), den Preis für „Best Praxis and Innovation“ im Bereich Landwirtschaft und Existenzsicherung in ländlichen Gebieten.

(2.703 Zeichen)

Hilfe für Flutopfer in Australien

Wahroonga, New South Wales/Australien, 24.01.2011/APD In Australien ist noch kein Ende der Hochwasserkatastrophe in Sicht. Nach den schweren Überschwemmungen

in Queensland an der Nordostküste, die als die schlimmste Naturkatastrophe in Australiens Geschichte gelten, steigt das Wasser jetzt im Südosten im Bundesstaat Victoria.

Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Australien hat als Soforthilfe 100.000 Australische Dollar (75.000 Euro) zur Verfügung gestellt. Das adventistische Gesundheitswerk „Sanitarium“ (Berkeley, New South Wales) übergab ADRA Lebensmittel im Wert von 135.000 Australische Dollar (100.000 Euro) zur Verteilung an in Notunterkünften untergebrachten Flutopfern. Nach Angaben von Chris Olafson, Leiter der Katastrophenhilfe von ADRA Australien, werde die Schadensbeseitigung „eine lange Zeit“ in Anspruch nehmen. „Wir klären mit den Behörden und den anderen Hilfswerken ab, wie mittel- und langfristig am besten geholfen werden kann.“

(882 Zeichen)

Hygieneartikel für Unwetteropfer in Brasilien

Rio de Janeiro/Brasilien, 24.01.2011/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA hat rund 2.000 Menschen, die durch eine Unwetter-Katastrophe im bergigen Hinterland von Rio de Janeiro obdachlos geworden sind, mit Hygieneartikeln versorgt. Für weitere Hilfsmaßnahmen erhielt ADRA Brasilien von der amerikanischen Botschaft in Brasilia 100.000 US-Dollar (74.000 Euro).

Starke Regenfälle hatten nördlich von Rio de Janeiro zu Erdbeben und Überschwemmungen geführt. Nach Angaben der Zivilschutzbehörden sollen über 700 Menschen ums Leben gekommen sein. Tausende seien obdachlos und lebten in Notunterkünften.

(590 Zeichen)

Medien

Blindenhörbücherei betreut 3.083 Sehbehinderte

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 24.01.2011/APD Rund 10.500 Tonbandkassetten und 25.200 CDs hat die Blindenhörbücherei der „Stimme der Hoffnung“, Alsbach-Hähnlein, eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, an 3.083 Sehbehinderte im vergangenen Jahr versandt. Laut Hörbüchereileiter Pastor Andre Thäder sank die Zahl der mit Tonträgern belieferten Interessenten gegenüber 2009 um 359. Die hohe Zahl der Abmeldungen hänge mit der Umstellung der Dienstleistungen für den Blinden- und Sehbehindertenbund Hessen und den Blindenbund Darmstadt auf DAISY-CDs zusammen. Manche Empfänger könnten diese CD's mit ihrem Gerät nicht anhören, andere hätten sich bei dieser Gelegenheit für den Download der Informationen der Bünde entschieden.

Regelmäßig werden zehn Zeitschriften und 447 Buchtitel auf Kassette und CD ausgeliehen, davon waren im Vorjahr 14 Titel neu. Ungeachtet der Zugehörigkeit zu einer Kirche oder einem Blindenverein kann jeder Sehbehinderte oder Blinde die gewünschte Literatur kostenlos beziehen.

Die seit über 40 Jahren bestehende Blindenhörbücherei arbeitet mit einer Voll- und einer Teilzeitkraft. Zwei Zivildienstleistende kümmern sich um das Kopieren und den

Versand der Kassetten und CDs. Zwei Aushilfskräfte lesen Zeitschriften und Bücher. Bücher werden auf CDs im MP3- und DAISY-Format umgestellt, sodass keine neuen Bücher mehr auf Kassette hergestellt wurden. Bei den Zeitschriften geschieht der Umstieg von Kassette auf DAISY-CD schrittweise. DAISY bedeutet „Digital Accessible Information System“ (Digitales System für den Zugang zu Informationen) und ist ein vorwiegend für Blinde und Sehbehinderte entwickeltes Hilfsmittel. Es erleichtert den Hörern beispielsweise das Finden von Kapiteln und ermöglicht das Blättern in einem Buch oder einer Zeitschrift.

Die Hörbücherei kopiert und versendet auch das alle zwei Monate erscheinende „Hessen-Echo“ des Blinden- und Sehbehinderten-Bundes Hessen e. V. sowie die Zeitschrift „Gemeinsam“ des Blindenbundes Darmstadt als DAISY-CD. Die Zusammenarbeit mit beiden Vereinen, der Blindenseelsorge der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sowie der Seniorenbetreuung der Stadt Darmstadt würde laut Thäder weiter gepflegt und helfe, auf die Bedürfnisse der Betroffenen einzugehen. Die Blindenhörbücherei ist Mitglied in der Mediengesellschaft für blinde und sehbehinderte Menschen e. V. (Medibus).

Zudem teilte Pastor Thäder mit, dass die Zusammenarbeit im adventistischen Medienzentrum in Alsbach-Hähnlein „sehr konstruktiv“ sei. Die Blindenhörbücherei übernehme Radiosendungen des „Hope Channel“ für ein monatliches Abonnement, das den Sehbehinderten kostenlos angeboten werde. Andererseits würden die in der Blindenhörbücherei gelesenen täglichen Andachten auch über „Hope Channel“-Radio ausgestrahlt. Zusätzlich seien die Andachten am Telefon und per Podcast zu hören. Dass im letzten Jahr 333.728 Zugriffe auf den Podcast erfolgten, zeige den Bedarf an solch einem Angebot. Das seien immerhin 916 Nutzer pro Tag.

Ein Katalog mit allen Angeboten kann bei der Blindenhörbücherei der „Stimme der Hoffnung“, Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein, Telefon (06257) 506 53-35, Telefax (06257) 506 53-84, E-Mail: andre.thaeder@stimme-der-hoffnung.de, angefordert werden. Anfragen sind außerdem in Braille-Schrift möglich.

(2.920 Zeichen)

„2 weiter – Leben im Gespräch“

Neue Talk-Sendereihe beim „Hope Channel“-Fernsehen

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 24.01.2011/APD Mit „2 weiter – Leben im Gespräch“ startete der „Hope Channel“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt am 13. Januar eine neue Fernseh-Talk-Sendereihe. Zum Thema „Glück“ waren Ernst Fritz Schubert und Peter Salzmann im Studio. Schubert ist Rektor einer Schule in Heidelberg und hat dort das Unterrichtsfach „Glück“ eingeführt. Salzmann lebt ohne Strom und Luxus und sagt von sich: „Ich habe das Glück gefunden.“

Die Moderatoren Doro Wiebe und Bernd Hock diskutieren jeden zweiten Donnerstag im Monat um 22:20 Uhr mit Fachleuten und Betroffenen in der neuen Sendereihe über Lebensthemen, wie Glück, Burnout, Leid, Familie, Entscheidungen und vieles andere.

Doro Wiebe ist unter anderem als Moderatorin im ZDF („sonntags“, „Die Mutmacher“, „37 Plus“) bekannt. Sie arbeitet seit 2003 als selbständige Journalistin und Moderato-

rin bei TV und Radio. Sie lebt in Mainz und hat als Autorin bereits zwei Bücher geschrieben. Bernd Hock ist Psychotherapeut und wohnt in Pinneberg. Wenn er nicht in seiner Praxis arbeitet, ist er als Referent mit Seminaren und Vorträgen unterwegs oder als Entertainer mit dem Bühnenprogramm seiner Handpuppe Erwin.

„2 weiter“ möchte laut Pressesprecherin Birgit Kiepe ganz unverkrampft Integration leben, denn die schwere Körperbehinderung von Hock sei zwar sichtbar, werde aber nicht besonders hervorgehoben. Doro Wiebe und Bernd Hock blieben nicht bei den Problemen und Nöten des Einzelnen und der Gesellschaft stehen. Mit „2 weiter“ würden sie auch die Zuschauer einbeziehen und gemeinsam mit ihnen weiterdenken. Mehr Informationen zur Sendung gibt es im Internet unter www.2weiter.de.

(1.526 Zeichen)

Elektronischer Programmführer für „Hope Channel“-Fernsehen

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 24.01.2011/APD Das über den Satelliten Astra ausgestrahlte „Hope Channel“-Fernsehprogramm des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Alsbach-Hähnlein hat jetzt auch einen elektronischen Programmführer. Durch den sogenannten Electronic Program Guide (EPG) bekommt man mit dem Drücken der Info-Taste der Fernbedienung unten im Bild einen Text eingeblendet. Darin wird mitgeteilt, wann die Sendung beginnt beziehungsweise begonnen hat, wann sie endet und welches die nächste Sendung sein wird. Außerdem gibt es zu jedem Beitrag eine kurze Inhaltsangabe. Laut dem Medienzentrum gebe es im EPG allerdings noch eine Lücke in der Zeit von 23 bis 7 Uhr. Sie könne aus organisatorischen Gründen erst im März geschlossen werden.

(743 Zeichen)

Buchrezension

Johannes Hartlapp, „Siebenten- Tags-Adventisten im Nationalsozialismus. Unter Berücksichtigung der geschichtlichen und theologischen Entwicklung in Deutschland von 1875 bis 1950“, hrsg. vom Konfessionskundlichen Institut des Evangelischen Bundes, V & R unipress Göttingen, 2008, gebunden, 684 Seiten, 76,00 Euro, ISBN 978- 3-89971-504-0.

Die vorliegende wissenschaftliche Arbeit hebt sich dank einer guten Quellenlage und akribischen Behandlung der vielfältigen Thematik vom üblichen Bekenntnischarakter wohltuend ab und darf daher auch von anderen christlichen Konfessionen als Standardliteratur ernstgenommen werden.

Schon die ausführliche Einführung in die Anfänge der deutschen Siebenten-Tags- Adventisten und ihrer Splittergruppen auf über 200 Seiten machen die Lektüre spannend. Hartlapp hat es an präzisen Inhaltsangaben nicht fehlen lassen, so dass der interessierte Leser sehr bald auf Kernfragen, wie die Beteiligung am Militärdienst im Ersten Weltkrieg, die adventistische Führungsperson Ludwig Richard Conradi, das Bemühen um staatliche Anerkennung oder die Position der adventistischen Heiligtumslehre stieß. Nicht weniger Aufmerksamkeit verdient das überraschende Verbot der evangelischen Freikirche für die Monate November/Dezember 1933. Ursachen lagen wohl in der Ähnlichkeit der öffentlichen Missionsmethoden der „Zeugen Jehovas“, von denen sich die deutschen Adventisten entschieden distanzieren.

Für den Bestand der Glaubensgemeinschaft stellte sich sehr bald die Bedeutung des Advent-Wohlfahrtswerkes und dessen soziale Betätigung heraus. In diesem Zusammenhang geht der Autor auch auf die Persönlichkeit der Leiterin des Wohlfahrtswerkes, Schwester Hulda Jost, ein, die aus der Kaiserswerther Diakonissenschule stammte. Hartlapp nennt sie eine ungewöhnliche Persönlichkeit mit einem starken Durchsetzungsvermögen. Natürlich eckte Hulda Josts Führungsanspruch und Einfluss bei der Leitung der Adventisten an. Ihre Teilnahme an der adventistischen Weltsynode in San Francisco 1936 festigte die Position der deutschen Adventisten innerkirchlich, während andererseits staatliche Attacken gegen die Friedensauer Schwesterschaft der Adventisten wegen Ablehnung von Schweinefleischgenuss deren Existenz bedrohten. Jost hatte sich auch für die Schulbefreiung adventistischer Kinder am Sabbat (Samstag) eingesetzt und damit eine Zeitlang Erfolg gehabt. Trotz ihrer Verehrung für Hitler prägte die 1938 Verstorbene nach Hartlapp mehr als alle anderen Verantwortungsträger die deutschen Adventgemeinden während der NS-Zeit.

Zunehmende Beschränkungen erfuhren die deutschen Adventisten ab Herbst 1935 durch Überwachung der Gottesdienste und das Kolportageverbot von Missionszeitschriften und Büchern, die inzwischen von 60 auf 15 Titel reduziert wurden. Unter den verbliebenen Titeln befanden sich das Neue Testament und „Der Weg zu Christus“ von Ellen G. White. In diese Zeit der Isolation fiel auch das Verbot der sogenannten „Reformationsbewegung“, eine Splittergruppe, die im Ersten Weltkrieg entstand. Deren Leiter Johann Hanselmann starb nach mehrmaliger Haft schließlich im Konzentrationslager Sachsenhausen. Nach dem Kollektivenverbot galten Spenden für die Evangeliumsverkündigung, den Unterhalt der Pastoren und die Saalmiete sowie das Advent-Wohlfahrtswerk in verschlossenen Umschlägen als akzeptable Form der Unterstützung der Gemeinden. Förderung des christlichen Missionsgedankens lehnte der Nationalsozialismus aus weltanschaulichen Gründen dagegen ab.

Ein weiteres Kapitel diente dem Überleben der Freikirche während des Zweiten Weltkrieges. Bereits im Sommer 1939 verfügte der Staat über die Auflösung der Adventisten im Sudetenland und deren Beschlagnahme ihres Eigentums, „obwohl gegen die Adventisten nichts Besonderes vorliege und ihre Auflösung lediglich im Rahmen einer allgemeinen Auflösung von Verbänden und Vereinen erfolge“. Außerdem würden die Adventisten keine „völkische Aufgabe“ erfüllen. Nach den Recherchen von Johannes Hartlapp sind von den über 35.000 deutschen und österreichischen Adventisten nur zwei Kriegsdienstverweigerer bekannt, die ihre Haltung mit dem Tod bezahlten. Glauben und Leben fand für viele deutsche Adventisten während des Zweiten Weltkrieges nur unter totaler Überwachung statt. Größere Gottesdienste konnten wegen mangelnder Räumlichkeiten kaum noch durchgeführt werden. Schon zum 1. April 1939 mußte das adventistische Predigerseminar auf der „Marienhöhe“ in Darmstadt schließen. Im Sommer 1941 stellte die Gemeindezeitschrift „Der Adventbote“ sein Erscheinen ein.

Trotz der widrigen Umstände erlebten die Gemeinden während der letzten Kriegsjahre ein Wachstum, mit dem niemand gerechnet hatte. Allein im Ostdeutschen Verband wurden für 1944 von rund 600 Taufen berichtet, obwohl fast alle Pastoren zur Wehrmacht eingezogen waren.

Der Autor, Dozent für Kirchengeschichte der Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, behandelte dazu Reaktionen und Beurteilungen nach Kriegsende, machte den Versuch der Aufarbeitung der eigenen NS-Vergangenheit und ging auch auf das Weltbild der adventistischen Gemeinden in Deutschland näher ein. Ein 75-seitiges Register erleichtert dem interessierten Leser den Zugriff auf die entsprechende Thematik.

Dr. Wolfgang Tulaszewski

Norbert Roth, „Martin Luther neu begegnen. Auf Entdeckungsreise durch Mitteldeutschland“, Bonifatius, Paderborn, 2010, kartoniert, 144 Seiten, 16,95 Euro, ISBN 978-3-89710-444-0.

Martin Luthers Lebensbereich erstreckte sich vorwiegend auf die heutigen Bundesländer Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Nördlicher als Magdeburg ist der große Reformator niemals gekommen, und seine weiteste Reise war die nach Rom. Der evangelische Theologe und Pfarrer Norbert Roth ging den Spuren Luthers in Mansfeld, Erfurt, Wittenberg, Eisenach und Eisleben nach.

Nach seiner Geburt in Eisleben 1483 verbrachte der Reformator seine Kindheit in Mansfeld, wo er in der Stadtkirche St. Georg seinen Ministrantendienst verrichtete und in die spätmittelalterliche Frömmigkeit hineinwuchs, die er später so vehement bekämpfte, sie selbst aber wirklich nie überwand. Sein Vater brachte es bei zehn Kindern durch Bergbau und Hüttenwesen zu einem gewissen Wohlstand, dessen Söhne den Familiennamen Luder schließlich in Luther veränderten. Wegen seiner Weiterbildung kam Luther nach Erfurt, einer damaligen Großstadt von 19.000 Einwohnern mit Bildungszentrum und Universität, in der er sich einschrieb. Hier fand auch während eines Spaziergangs sein denkwürdiges Gewittererlebnis statt, das den Jurastudenten zum Augustiner-Mönch machte.

Der Autor ließ in diesem Zusammenhang eine knappe Schilderung des bedeutenden Bettelordens einfließen, dem Luther künftig angehörte. Seine Eltern zeigten sich über seinen Klostereintritt ungehalten, da sie bereits Heiratspläne über den jungen Magister und künftigen Juristen hatten. Roth ging natürlich auch auf Johann von Staupitz, Luthers Lehrer, Beichtvater und Augustiner-Oberen, näher ein, dessen tiefe Frömmigkeit in einer starken Christusverbundenheit wurzelte. Zum anderen faszinierte Roth die kirchliche Vielfalt Erfurts und deren Geschichte. Doch keine Stadt ist mit der Person Martin Luthers und der damit verbundenen Reformation so wie Wittenberg verknüpft, in der er dem Gräzisten und Philosophen Philipp Melanchthon begegnete und an deren Universität unter anderem Paul Gerhardt und Gotthold Ephraim Lessing studierten.

Luther erkannte die Missstände der Kirche und die dringende Notwendigkeit für Reformen. Roth zitierte Nikolaus von Kues: „Wir sehen eine Kirche, die noch nie so tief gesunken ist wie heute.“ Der damalige Papst Leo X., keinesfalls ein Theologe, eher ein leidenschaftlicher Angler und Jäger, wollte sich vor allem mit dem Weiterbau des Peterdomes ein Denkmal setzen. Man schreibt ihm auch die ketzerischen Worte zu: „Alle Welt weiß doch, wie viel uns diese Fabel von Christus eingebracht hat.“ Luther predigte voller Zorn und Leidenschaft gegen den Missbrauch des Ablasses und fasste seinen Protest in den berühmten 95 Thesen in lateinischer Sprache ab, die als Thesenanschlag an der Wittenberger Schlosskirche in die Geschichte eingingen. Ob der Reformator dafür Hammer und Nagel verwendete oder die Thesen lediglich Kardinal Albrecht von Brandenburg geschickt hat, wird sich nach Norbert Roth nie klären lassen. Luther ging es mit seiner Theologie allein um Gottes Wahrheit und um sein persönliches Heil.

Mit besonderer Sorgfalt behandelte der Autor auch Eisenach, die Wartburg und Luthers Geburts- und Sterbeort Eisleben, welche als wichtige Stationen des großen Reformators gelten und so die elementaren Kenntnisse jedes bekennenden Protestanten neu beleben und auffrischen.

Dr. Wolfgang Tulaszewski